

Machtergreifung mit Vorwarnung

Es geht um zwei Themen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Die Rechtschreibreform scheint ja keine Gemeinsamkeiten mit dem Euro zu haben. Das eine ist in der bundesdeutschen Ausprägung ein föderalistisch durchgesetztes Projekt, das andere ein europäisches. Wieso ziehen dann beide Projekte Aufmerksamkeit auf sich, und zwar hinsichtlich ihrer Durchsetzung?

Das liegt an den politischen Methoden und Verfahrensweisen, mit denen die Projekte vorangetrieben wurden. Bei näherem Hinsehen zeigen sich verblüffende Parallelen. Es ist, als ob die Rechtschreibreform das Urbild dessen war, was dann zum politischen Usus wurde, um sich in voller Pracht beim Projekt Euro zu manifestieren. Es geht um die Selbstermächtigung der politischen Aktivisten, die die Projekte durchgesetzt haben.

Demokratische Methoden wurden nämlich nur sparsam eingesetzt. Die Betroffenen wurden mehr oder weniger ohne ihre Zustimmung beglückt. Die politische Kaste weiß besser, was für die Allgemeinheit gut ist als die Fachleute und die pofeligen Wähler. Dieser Glaube liegt dem Verfahren wohl zugrunde – und es ist ein Irrglaube.

Rechtschreibung schwer gemacht

Um mit dem Anfang anzufangen, muss man sich die Entstehungsgeschichte der Rechtschreibreform vergegenwärtigen. Sie ist für tiefsinnige Diskussionen besonders gut geeignet, weil kaum jemand die Rechtschreibung beherrscht. Früher gab es eine Bildungselite, die sich mit der Schreibung auskannte. Heute hat sich das geändert. Die Reform hat erst die Schreibung geändert und dann sich selbst. Und dann hat sie sich nochmal geändert und nochmal und nochmal, bis die Rechtschreiblandschaft mit Konfusion überzogen war. Wer gutwillig war, der hat sich durch immer neue Änderungen gekämpft, und vor allem durch die Rückänderungen von den Änderungen. Am Ende kannten nur noch ganz wenige die unstrittige Reformlage, und den allermeisten ist sie wurst.

Das ist schade, weil ihnen dadurch ein schöner Lerneffekt verlorenggeht. Der Focus richtet sich jetzt auf die Länderkultusminister, die seit jeher an ihrem Ruf als wandelnder Standortnachteil leiden. Das liegt an der Vielzahl; jeder einzelne hat schließlich fünfzehn Kollegen oder Kolleginnen, die alle dasselbe anderes

lösen. Zum Nachweis der Existenzberechtigung muss dieselbe Sache sechzehnfach geregelt werden. Keiner darf dasselbe machen wie der Kultusminister nebenan, und damit es trotzdem irgendwie zusammenpasst, müssen Angleichungs-Kommissionen eingesetzt werden. Man könnte sagen, *der demokratische Overkill muss irgendwie weggefedert werden*. Bisher hat der Föderalismus an die 900 Kommissionen hervorgebracht, damit das föderale Gestümpere halbwegs zusammenpasst, und am Ende bleibt es doch unüberschaubar bis unbrauchbar. Also mit sehr mediokrem Erfolg, und das ist keine Erfolgsgeschichte.

Weil die Kultusminister mal einen richtigen Erfolg feiern wollten, haben uns mit der Rechtschreibreform beglückt. Einfach so, ohne Not und ohne demokratischen Auftrag wurde etwas Funktionierendes durch politische Willkür ersetzt. Das war eine Lehrstunde in Sachen entarteter Demokratie, denn da wurde uns vorgeführt, wie man ohne echte Substanz eine erfolgreiche Reform veranstaltet. Der Erfolg beschränkte sich allerdings auf die erfolgreiche Durchsetzung und nicht auf den Inhalt. Wir müssen das Machwerk nicht inhaltlich diskutieren. Es war von Anfang an eine Lüge, denn statt der versprochenen Vereinfachung kam ein längeres, komplizierteres und obendrein unvollständiges Regelwerk heraus. Es wurden lauter Sachen geändert, bei denen gar kein Änderungsbedarf bestand. Ohne Notwendigkeit und ohne richtiges Konzept wurde herumgepfuscht, eine sachgerechte Evaluierung des Ergebnisses wurde unterlassen, und dadurch wurden hunderte von schweren Fehlern eingebaut. Mit den selbstgemachten Absurditäten, Widersprüchen und Ungereimtheiten sind die Reformer nie zurechtgekommen.

In ihrer eigenen Schreibweise sind es Gräueltaten, was sie da verzapft haben. Man darf sagen, die Änderungen wurden durchweg mit einem Sprachgefühl exekutiert, auf das nicht mal ein Papagei stolz sein könnte. Wie könnte man sonst schreiben: *es ist weit gehend fertig gestellt*? Man kann doch nicht sagen, *es ist gehend gestellt*, also ist diese Trennung eine Sinnentstellung. Und wieso muss man getrennt schreiben *die Silizium produzierende Industrie*, wenn obendrüber stehen darf *die Siliziumproduktion*? Und warum sollen einige Worte groß geschrieben werden, die keine Substantive sind? Nicht mal die Schreibung vom scharfen s ist konsistent: vorher hieß es ss, wenn es trennbar war, und ß wenn nicht. Jetzt gibt es immer noch das ß, aber zwei Sorten von ss: die eine ist trennbar wie in *Messer*, die andere nicht, wie in *Messergebnis*. Das nennt man

Verschlimmbesserung.

Verdattert musste die Allgemeinheit neu lernen, was die Begriffe bedeuten, die uns die Sprachreformer kredenzt haben. "Wortliste" bedeutet: *die haben keine verständliche Regel für ihre Neuerungen gefunden*. "Offene Wortliste" bedeutet: *die haben es noch nicht mal zuendegebracht, es kommt noch mehr dazu*. Die offene Wortliste ist in diesem Bereich das Nonplusultra an Pfuschi, und genau das hat man uns als Reform kredenzt. Das ganze Projekt war derart vermurxt, dass es durch jahrelanges Herumgebastele nicht konsistent zu machen war. Mehr als schiefgehen kann es nicht, mag man gedacht haben, aber die Reform hat gleich am Anfang das Wort *schiefgehen* durch die Worte *schief gehen* ersetzt. Schiefgehen bedeutet misslingen, und schief gehen bedeutet humpeln. Das ist nicht dasselbe. Nachdem diese erstaunliche Kunde zu den Reformern durchgedrungen war, wurde dieser Fehler im zweiten oder dritten Anlauf zurückgenommen, aber Legionen von anderen Fehlern sind geblieben.

Unbedarfte Gemüter könnten nun annehmen, das war's. Wenn eine Sache gestümpert wird, und es kommt raus, dann hat sich's damit. Wenn jemand Unausgegorenes zusammenschludert, dann heißt es, Schluss damit - *Sechs, setzen*. Die Kultusminister entschuldigen sich für das Malheur und stampfen den untauglichen Versuch ein. So war es aber nicht.

Wer so denkt, der unterschätzt den Politikbetrieb massiv. Politiker sind gestählt im Entgegennehmen von Kritik. Solange ihre Kritiker sachlich bleiben und keinen Schaum vor den Mund kriegen, und es gibt keinen Massenaufstand, dann wird's so schlimm nicht sein. Damit wird die Politik fertig, und mit sachlichen Gründen schon lange. Ha, als ob jemand die sachlichen Argumente ernst nehmen würde. Sachliche Argumente sind dazu da, um die Kräfte des politischen Gegners zu binden, ansonsten ignoriert man sie.

Also los mit der Reform. Am besten knallt man den Leuten die Sache unverhofft auf den Tisch. Wenn die Einführung der Reform komplotartig geschieht, hat man einen Startvorteil. Dann kann sich keine richtige Opposition dagegen aufbauen. Die Einspruchsfristen setzt man möglichst knapp, und man präsentiert das Machwerk möglichst spät.

- Vorher hat man dadurch das Argument: *Zu früh, wir müssen erst die endgültige Form vorlegen*.

- Nachher hat man das Argument: *Zu spät, das hättet ihr vorher sagen sollen.*
- Dazwischen kann man der Opposition beim Rangeln zuschauen. Bis sie sich auf eine einheitliche Linie eingeschworen hat, lautet das Argument: *Was wollt ihr denn eigentlich?*
- Am Ende kommt dann das Aussitzen. Wenn die Fallstricke und die Fehler bekannt werden, dann stellt man sich blind, taub und stumm. Wenn allzu üble Unzulänglichkeiten hochkochen, weil die Sache so unausgegoren ist, dann wird geflickt und nachgebessert. Wenn immer wieder nachgebessert werden muss, und der Unmut regt sich, dann ist das eben ein Akzeptanzproblem. Die Verfahrensweise mit Akzeptanzproblemen ist bekannt und bewährt. Die Politiker haben recht, und die anderen haben das Nachsehen.
- Und wenn der Knatsch immer noch nicht zuende ist, weil die Sache gar so grauslich geriet? Nun, dafür gibt es die geniale Methode des Faktenschaffens. Man würgt die Reform jemandem rein, der sich nicht dagegen wehren kann, in diesem Fall den Schülern. Die Schüler schreiben also gemäß der Reform, oder zumindest irgendwie anders als bisher. Und wo sie nun so schreiben, kann man ihnen ja wohl keine Rückänderung mehr zumuten. Wenn die Fakten geschaffen sind, dürfen sie ja wohl nicht mehr zurückgenommen werden, oder?

Kaum fassbar, aber diese dummdreiste Argumentation war tatsächlich erfolgreich. *Das Einführen der verpfuschten Reform kann man den Leuten bedenkenlos zumuten, aber das Abschaffen von dem Pfuscher nicht.* Stattdessen wurde eine Kommission zum Aufputzen des Unaufputzbaren gegründet, in der die Verursacher des Übels mit Hilfestellung von anderen Schriftgelehrten ein wenig Akzeptanz schaffen sollten. Es wurde also hin- und herreformiert, und weil am allermeisten zurückreformiert wurde, brachen neue Begehrlichkeiten auf. Nun war der Ehrgeiz geweckt, das Ungeregelte restlos zu regeln - die totale Anmaßung.

Die wollten uns allen Ernstes nochmal neu vorschreiben, ob wir Rad fahren oder radfahren. Dabei wäre die einzig sinnvolle Reform, die Finger davon zu lassen. Das muss doch jedem selber überlassen bleiben. In der Praxis ist heute biken angesagt und nicht radfahren, und wenn sich doch noch einer aufs Veloziped

schwingt, dann soll er das doch auseinander- oder zusammenschreiben wie er mag. Mittlerweile tut es ja auch jeder nach seiner Fasson. Trotzdem ist der Missstand inclusive Dreifach-sss inzwischen etabliert. Selbst wenn's ein vierfaches ssss gewesen wäre, hätte das Dagegenangehen nichts genutzt. Die Reformgegner haben den Mumpitz bis ins letzte durchgekaut und sich gleichbleibend vergeblich beschwert. Mit anderen Worten, die Kultusminister und die anderen Kulturpfuscher konnten den Widerstand leicht ignorieren.

Als Ergebnis kam eine schwere Schädigung der Rechtschreibung heraus und de facto ein Rechtschreib-Kuddelmuddel. Die alte Ordnung wurde aufgelöst, und viele Milliarden wurden verbrannt. Es gab mehrfach nachgebesserte Wörterbücher, neue Schulbücher, neue Rechtschreibprogramme und neue Amtsverordnungen. Dafür wurde immerzu hin- und herreformiert, nur damit wir uns am Ende kübelweise Willkür eingehandelt haben, eine Inflation von lächerlichen Dreifachbuchstaben, hahnebüchene Auseinander- und Großschreibungen und i- diotische Trennungen. Selbst wenn nur die eine Willkür durch eine andere ersetzt wurde, war das schädlich, denn es bedeutete Nachsitzen für alle.

Aber es steckt noch mehr dahinter. Es ging nicht bloß darum, die Sprache legasthenietauglich zu machen. Das Ganze ist ein Beispiel für die Selbstermächtigung, mit der die Politik in Bereiche reinregiert, von denen sie nichts versteht, und wo sie nur Pfusch abgeliefert. Die Sache wurde als Willkürakt durchgezogen, ohne echte Evaluierung und ohne Verifizierung, ob der versprochene Erfolg eintrat. Trat er nicht, nein - doch es musste eine Reform her, koste es, was es wolle.

Euro-Parallelen

Wer bis hierher gelesen hat, dürfte schon den Schmerz verspüren, der mit dem Gedanken an die Euro-Politik verbunden ist. Mag einem die Rechtschreibung noch so piepegal sein, die Euro-Probleme können es nicht sein, denn die drücken direkt auf die Briefftasche. Jeder ist davon betroffen, wenn der Staat sich in Schulden stürzt und seine Infrastruktur mangels Kasse herunterkommen lässt. Es geht nicht mehr um die paar Milliarden, die von der Rechtschreibreform verbrannt wurden, sondern jetzt ist von Billionen Euros die Rede.

Nun ist noch ein Unterschied in der Motivation hervorzuheben, ehe die

Gemeinsamkeiten drankommen. Während die Rechtschreibreform eher aus niederen Motiven, sprich Eigennutz und Profilierungsstreben, angezettelt wurde, walteten in der Euro-Politik zunächst mal die hehren Ideale – zumindest offiziell und auf der bundesrepublikanischen Seite. Bei den Politikern aus vielen anderen Euro-Ländern darf man sich durchaus andere Motive vorstellen. Speziell bei den griechischen, die sich den Zutritt zur Euro-Zone ermolten. Aber das Frisieren der griechischen Bilanz war nur zur Täuschung der Allgemeinheit gedacht. Die Euro-Politiker wussten bescheid, schließlich hat Eurostat, die Statistik-Behörde der EU, ausdrücklich gewarnt. Das Ideal der gemeinsamen Euro-Währung war den Euro-Ideologen aber von Anfang an wichtiger als die schnöden Milliarden-Defizite.

Also, die Politiker bestimmen, wo es langgeht, und da haben keine Fachleute reinzureden, und schon gar nicht die Wähler. Jedenfalls nicht die in Deutschland. Von der mangelnden demokratischen Legitimation war ja schon die Rede. Da ergibt sich eine zwanglose Übereinstimmung bei den beiden Projekten. Mehr noch: sie wurden beide ohne Not angeleiert, alles hat vorher prima funktioniert. Die Nöte fingen erst an, als die Projekte liefen. Noch ein harmonischer Gleichklang.

Muss man die Euro-Einführung ein Komplott nennen, das am Ende ganz was anderes umgesetzt hat, als am Anfang versprochen wurde? Auch wenn man sich nicht an die Legende hält, nach der sich die französische Regierung die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung nur gegen Aufgabe der Mark abkaufen ließ, ist das ein klarer Fall. Beim Euro war es genauso wie bei der Schreibreform: eine Verschlimmbesserung, eine Mogelpackung. Das kann man für beide Projekte abhaken. Von den Euro-Verträgen und -Versprechungen wurden ja so gut wie alle gebrochen, und sämtliche Regeln wurden aufgeweicht und umgemodelt. Der Euro-Raum sollte grundsätzlich keine Transferunion sein. Nur unter dieser Bedingung haben die Regierungen zugestimmt, jedenfalls die deutsche. Genau das stand auch in den Verträgen drin – und nun haben wir die Transferunion par excellence. Wir haben etwas gekriegt, was wir nicht wollten, und es ging ganz anders aus als versprochen. Die Rechtschreibreform lässt grüßen.

Das Euro-Gegenstück zur *offenen Wortliste* sind die fehlenden Regelungen, mit denen Problemfälle wie Zahlungsunfähigkeit und Kapitalflucht unberücksichtigt bleiben. Das schafft immenses Konfliktpotential, weil unter Druck nachverhandelt

werden muss. Und wie schaut's mit der *Konfusion* aus, unter der die Projekte leiden? Das ist noch so eine Gemeinsamkeit. Wo die politische Willkür tobt, da wird alles unter Verschluss gehalten. Informationen werden gefälscht und manipuliert, bis man so tief hineinverstrickt ist, dass kein Weg mehr herausführt. Wieder diese unselige Parallele, *das Einführen der Änderung kann man den Leuten bedenkenlos zumuten, bloß das Abschaffen nicht*. Das hätte ja "unkalkulierbare Folgen", als ob wir nicht gerade die unkalkulierbaren Folgen der Einführung ausbaden würden.

Man muss sich vor Augen halten, dass die ganze Euro-Schuldenherumschieberei reine Willkür ist, dementsprechend wird manipuliert ohne Ende. Aktuell will man Geld aus dem EU-Strukturfonds für die nächste Pleitewelle zweckentfremden, nachdem man dasselbe schon mit KfW-Geld gemacht hat. In der Art ging's auch bei der Schreibreform voran, da triumphierte die Willkür bis dahin, dass die eine willkürliche Schreibweise durch eine andere willkürliche Schreibweise ersetzt wurde. Der Unterschied ist nur, dass es beim Euro viel mehr kostet.

Und wieder fügen sich die Sätze von vorhin problemlos ein: *Ohne Notwendigkeit und ohne richtiges Konzept wurde herumgepfuscht, eine sachgerechte Evaluierung des Ergebnisses wurde unterlassen*. So steht's auch mit der fehlenden Konsequenz: *und das wars, etwas Unausgegorenes wurde zusammenschludert, und nun wird es abgeschafft?* Von wegen, der Euro doch nicht. Der bleibt uns erhalten, koste es, was es wolle. Und es wird wohl auch kosten, was es will.

Wir stoßen wieder auf dieselbe Vernunftresistenz der Politiker, die ziehen jeden Fehler durch. *Wo allzu üble Unzulänglichkeiten hochkochen, wird geflickt und nachgebessert*. Als Ergebnis kommt eine *schwere Schädigung* der Demokratie heraus und de facto eine nie dagewesene Selbstermächtigung der Euro-Politiker. Die *totale Anmaßung* ist im Euro-Fall das Europa mit gemeinsamer Schuldenhaftung, für die niemals die demokratische Zustimmung eingeholt worden ist. Wie wir uns das neue Europa vorzustellen haben, sehen wir daran, dass EU-Parlament und EU-Rat gar nicht gefragt werden. Die Vorstellung der Euro-Politiker ist die eines undemokratischen Europas; deshalb ist es gerechtfertigt, von einer Machtergreifung zu sprechen. Die alte Ordnung ist ohnehin schon aufgelöst, und die Milliarden werden in schwindelerregender Weise herumgeschoben. Der Schwindel geht jetzt in Bereiche hinein, die nur der Euro-Politik offenstehen. Aber die Rechtschreibreform hat ihre Schuldigkeit

längst getan.

Sie hat vieles vorweggenommen, was das Euro-Projekt dann in voller Härte anpackte. Es war ein schwerer Fehler, der Politik diese Handlungsweise durchgehen zu lassen. Die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber der Schreibung hat abgefärbt auf eine Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Regelverletzung. Das hätte nicht sein dürfen. Wir hätten per Abwahl einen Ordnungsruf erlassen müssen, um den demokratischen Gepflogenheiten Respekt zu verschaffen. Das ist unterblieben und hat der Politik den Weg zur Machtergreifung eröffnet.

Man kann fast sagen, weil wir die Pfuscherei an der Schreibung so leichtgenommen haben, werden wir nun mit einer beispiellosen politischen Umwälzung konfrontiert. Wir hätten es besser wissen sollen, als den Politikern soviel unkontrollierte Macht zuzugestehen. Wir wissen doch, es wird gefuscht, und die Nutznießer der Pfuscherei sind nicht wir. Das ist die Finanzindustrie, die sich die allermeisten von den herumgeschoben Milliarden einverleibt. Und das wird Konsequenzen haben. Tja, vielleicht zieht ja die Schreibreform die Konsequenz und verfügt eine Neuschreibung vom Euro mit T vornedran. Aber das dürfte wohl nicht die Lösung sein.

Link zum Vertiefungsartikel über die Euro-Finzen:
<http://www.wissenbloggt.de/?p=18837>

Link zu einem aktuellen Rechtschreibreform-Artikel:
<http://web.de/magazine/beruf/bildung/17694796-15-jahre-rechtschreibreform-friedrich-denk.html>